

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3507

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3507



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Nein zum Bürgerkriegs-Import

- In Afghanistan herrscht nach dem überstürzten Abzug der US-Truppen Bürgerkrieg. Islamisten – weltweit vernetzt – versuchen mit brutaler, wahllos auch muslimische Flüchtlinge treffender Gewalt, den Taliban die neu gewonnene Macht zu entreissen. Abertausende sind auf der Flucht.

Kein Zweifel: Auch IS-Terroristen, auch Taliban-Kämpfer infiltrieren – als Zivilisten getarnt – die Flüchtlingsströme – mit Ziel Europa!

- Angesichts dieser unlenkbaren, gefährlichen Vorgänge muss gelten: Die Sicherheit der Schweiz und all ihrer Einwohner geht allem anderen vor, muss uneingeschränkte Priorität bei allem behördlichen Handeln erhalten.
- Die Lage bleibt nur unter Kontrolle, wenn vorderhand jegliche muslimische Einwanderung in die Schweiz rigoros gestoppt wird – ob sich Einlass Begehrende als Flüchtlinge oder als Migranten ausgeben.
- Die Schweiz hat sich an der Nato-Intervention in Afghanistan nicht beteiligt. Sie ist nicht verantwortlich für das Desaster, das der überstürzte Rückzug der Nato-Truppen verursacht hat. Dafür tragen allein und vollumfänglich die Regierungen jener Länder die Verantwortung, welche die militärische Intervention veranlasst haben – insbesondere die USA.

Lesen Sie weiter und unterschreiben Sie auf der Rückseite

